

Liebe Genoss*innen,

am 08. Januar findet die ordentliche Mitgliederversammlung der Jusos Münster statt. Wie jedes Jahr wird hier ein neuer Vorstand gewählt. Dieses Mal möchte ich mich besonders einbringen und kandidiere als stellvertretende Sprecherin.

Über mich

Ich bin Lucy Eggert, 24 Jahre alt und komme aus Bochum. 2019 bin ich nach Münster gezogen, um hier Englisch und Sozialwissenschaften auf Lehramt zu studieren.

Im Herbst 2021 hat mich mein Weg zu den Jusos Münster geführt. Seitdem durfte ich an zahlreichen Politischen, Seminarwochenenden, Demos und Kundgebungen teilnehmen. Schnell ist der Verband zu meiner politischen Heimat geworden. Hier habe ich Menschen gefunden, mit

denen ich zusammen dem Patriarchat, systematischem Rassismus und Antisemitismus und dem kapitalistischen System den Kampf ansagen möchte.



Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

Die gravierende soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat mich politisiert und mich dazu bewogen mich politisch zu engagieren. Deutschland zeichnet sich durch eine immer größer werdende Ungleichverteilung von Einkommen aus. Die Vermögen sind stärker konzentriert als in den meisten anderen europäischen Ländern. Reiche Menschen bleiben reich, arme Menschen arm.

Auch sind die Bildungschancen in unserer Gesellschaft extrem ungleich verteilt. Das deutsche Schulsystem gehört laut PISA zu den Ungerechtesten in Europa. Die Herkunft der Familie, der soziale Stand und der Abschluss der Eltern entscheiden immer noch maßgeblich über den Bildungserfolg eines Kindes. So zeigt der Bildungsbericht 2022: Schüler*innen aus Elternhäusern mit niedrigerem sozioökonomischem Status besuchen nach der Grundschule deutlich seltener höher qualifizierende Schularten als Gleichaltrige mit hohem Sozialstatus. Am Ende der Schullaufbahn bleiben sie fast 3-mal so häufig ohne Schulabschluss und erreichen nicht einmal halb so oft eine Hochschulzugangsberechtigung wie Jugendliche mit hohem sozioökonomischen Status.

Als Jungsozialistin ist es mir ein Anliegen, mich dafür einzusetzen, dass der Bildungserfolg endlich von sozialen Faktoren entkoppelt wird. Alle Schüler*innen sollten unabhängig von ihrem Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung sowie Behinderung, sozialen Herkunft und Migrationshintergrund die gleichen Chancen auf Bildung haben. Unser aktuelles Schulsystem mit der Trennung der Schüler*innen nach der Grundschule verankert bestehende Ungleichheiten und verbaut Bildungsbiografien. Wir brauchen eine inklusive Schule, in der alle Schüler*innen entsprechend ihrem individuellen Unterstützungsbedarf gefördert werden. Wir brauchen eine

linke Bildungspolitik, die jedem und jeder eine bestmögliche Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

Lasst uns das Patriarchat zu Fall bringen!

Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft, in der Frauen* systematisch benachteiligt werden. Im Jahr 2021 haben Frauen* in Deutschland pro Stunde durchschnittlich 18 % weniger verdient als Männer. Das hängt eng damit zusammen, dass Frauen* einen Großteil der Care-Arbeit leisten. So wird nicht nur ein Großteil der schlecht bezahlten beruflichen Care-Arbeit von Frauen* geleistet, sondern auch etwa 80% der unbezahlten Care-Arbeit. Dass Frauen* einen viel größeren Teil der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen, bringt für sie viele Nachteile. Da sie zu Hause oftmals mehr eingespannt sind, arbeiten sie häufiger in Teilzeit. Sie verdienen weniger und haben kurzfristig und langfristig weniger Geld zur Verfügung.

Neben den materiellen Unterschieden entsteht so auch eine Ungleichheit in der gesellschaftlichen Machtverteilung. Frauen* bleibt häufig weniger Zeit für die politische Beteiligung. In der Folge sind sie erheblich seltener in politischen Positionen vertreten. Im Durchschnitt von 153 Ländern waren nur 21 Prozent der Ministerposten von Frauen* besetzt und nur 25 Prozent der Parlamentarier*innen waren Frauen*. Wir können Geschlechtergerechtigkeit nur erreichen, wenn wir Care-Arbeit als zentrale gesellschaftliche Aufgabe verstehen, die gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt wird.

Patriarchale Strukturen zeigen sich auch im restriktiven Abtreibungsrecht. Frauen* wird noch immer abgesprochen Entscheidungen über ihren eigenen Körper treffen zu können. Auch im Jahre 2022 steht §218 hinter Mord und Totschlag im Strafgesetzbuch. Noch immer sind Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland grundsätzlich illegal und lediglich unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Weder die verpflichtende Beratung noch die dreitägige Bedenkzeit zwischen Beratung und Eingriff entsprechen dem Recht auf Zugang zu sicheren und diskriminierungsfreien Schwangerschaftsabbrüchen. Einen Schwangerschaftsabbruch als Verbrechen zu brandmarken, verletzt das fundamentale Recht von Frauen* auf körperliche Selbstbestimmung. Ungewollt Schwangere sollten Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch bekommen, und zwar ohne Stigmatisierung und jegliche behördliche und gesetzliche Hürde. Deshalb muss §218 raus aus dem Strafgesetzbuch!

Die Agenda ist lang: Sei es das Gender Pay Gap, das Gender Care Gap, die politische Repräsentanz von Frauen* oder restriktive Abtreibungsgesetze. Auf allen Ebenen gilt es das Patriarchat zu Fall zu bringen!

Über eure Unterstützung auf der Mitgliederversammlung würde ich mich sehr freuen!

Bei Fragen oder Anregungen zu meiner Kandidatur meldet euch gerne jederzeit persönlich oder per Mail unter lucyeggert@gmx.de bei mir.

Freund*innenschaft und Glück auf!

Lucy